

***European Economic Governance* als Strategie zur autoritären Krisenbearbeitung in Europa und gegenhegemoniale Strategien¹**

Einleitung

Nachdem zu Beginn der Finanzkrise die Ansprüche der Vermögensbesitzer_innen durch die Sozialisierung der Verluste weitestgehend geschützt wurden, hat diese sich als Staatsschuldenkrise(n) in die Staaten selbst verschoben (vgl. Bieling 2011: 173). Davon blieben auch politische und ideologische Verhältnisse nicht unberührt. Insbesondere in der europäischen Peripherie gelingt es den Regierenden in dieser Situation seither nicht mehr, unter den Regierten für den austeritätspolitischen Kurs Konsens zu organisieren. Vor diesem Hintergrund führen die unterschiedlichen Fraktionen des europäischen „Blocks an der Macht“ eine Auseinandersetzung um die langfristige Krisenbearbeitung und damit zugleich um eine neue „europäische Integrationsweise“.

Wir wollen zeigen, dass sich in den verschiedenen Initiativen zur Schaffung einer neuen *Economic Governance* eine Strategie zur autoritären Krisenbearbeitung verdichtet, die nicht darum bemüht ist Konsens zu organisieren, sondern dessen Notwendigkeit in der Herausbildung einer neuen europäischen Integrationsweise zu minimieren. Dies eröffnet neuen Handlungsspielraum für die gesellschaftliche Linke und stellt sie vor dem Hintergrund der diskursiven Verschiebung nach Rechts auch vor neue Herausforderungen.

Autoritärer Etatismus und Economic Governance

Staatstheoretisch lässt sich diese Entwicklung mit dem Konzept des Autoritären Etatismus begreifen, wie ihn Nicos Poulantzas für den fordistischen Staat der 1970er Jahre analysiert hat. (Poulantzas 2002: 231ff) Der Autoritäre Etatismus ist durch eine Stärkung der Exekutive, eine Schwächung der Legislative, sowie eine zunehmende Distanz zwischen den Subalternen und dem Staat gekennzeichnet. Indem die Interessen der Subalternen weitgehend ausgeschlossen werden, kann der Staat sich darauf konzentrieren, die Interessen der unterschiedlichen Fraktionen des Blocks an der Macht zu vermitteln.

Zur Gestaltung einer neuen *Economic Governance* wurde inzwischen eine ganze Reihe von Initiativen umgesetzt. Im Wesentlichen lassen sich bisher drei Hauptstränge unterscheiden:

- 1. die Einengung der budgetären Spielräume und Festschreibung eines austeritätspolitischen Kurses (Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, Europäisches Semester, Fiskalpakt)**

¹ Die ersten Teile des Beitrages basieren auf Konecny, Martin (2012): *Die Herausbildung einer neuen Economic Governance als Strategie zur autoritären Krisenbearbeitung in Europa – gesellschaftliche Akteure und ihre Strategien*, in: PROKLA 168.

2. eine auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtete „Koordinierung“ der nationalen Wirtschaftspolitiken (Schaffung eines makroökonomischen Überwachungsrahmens, Euro-Plus Pakt)
3. die Schaffung eines Modus für die aktuelle und zukünftige Bearbeitung von Staatsschuldenkrisen (EFSF, ESM).

Apparate und AkteurInnen in der Auseinandersetzung um *Economic Governance*

Kurzer Überblick über die Entstehung

Die Wende zur Austeritätspolitik wurde in der EU bereits Ende 2009 eingeleitet. Im Dezember 2009 beschloss der ECOFIN (Rat der Europäischen Finanzminister_innen) ab 2011 die Konsolidierung der Staatshaushalte voranzutreiben und wieder in den Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP) zurückzukehren (EUCO 6/09: 3f.). Erst mit der Verschärfung der griechischen Staatsschuldenkrise wurde jedoch die Konsolidierung der Staatshaushalte zur obersten Priorität. Die Debatte um *European Economic Governance* entstand einerseits in diesem Kontext und andererseits im Rahmen der Erarbeitung eines Nachfolgeprojekts zur Lissabonstrategie. Gleichzeitig knüpfte die Debatte um *European Economic Governance* an ältere Forderungen und Konzepte an (vgl. Klatzer/Schlager 2011; Klatzer 2011).

Die spätere Ausgestaltung des „Six Pack“ der EU zur Schaffung einer neuen *Economic Governance*, die im Dezember 2011 in Kraft trat, deckt sich mit bereits lange bestehenden Interessen wesentlicher Kapitalfraktionen, die aber erst im Kontext der europäischen Schuldenkrise Bedeutung erlangen konnten. Dass hiermit eine bestimmte Art der Krisenbearbeitung eingeschlagen wurde, ist nicht einer rein ökonomischen Notwendigkeit geschuldet, sondern wesentlich dadurch bestimmt, wie es herrschenden politischen und ökonomischen Kräften gelang, die Krise als eine Krise der Staatsschulden zu deuten und andere Krisenprozesse zu de-thematisieren (vgl. Klatzer/Schlager 2011: 70). Die Interpretation als Krise der Wettbewerbsfähigkeit und der unverantwortlichen Budgetpolitik (vor allem auf Seiten der Euro-Peripherie) war dabei nicht von Anfang an dominant. So griffen die damalige französische Finanzministerin Lagarde und der zurückgetretene IWF-Präsident Strauss-Kahn früher noch die deutsche Exportorientierung und die damit verbundenen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone an (vgl. Der Standard, 18.3.2010).

Zunächst wurde im Rahmen der Debatte um die Nachfolge der Lissabonstrategie, mit EUROPA 2020 das erste Mal die Forderung nach einer schärferen *Economic Governance* laut. (vgl. Klatzer 2010: 88 und Europäische Kommission 2010: 7). So forderte während der spanischen Ratspräsidentschaft José Zapatero, der Kommission die Macht zu übertragen, „corrective measures“ gegen Staaten zu beschließen, die die Ziele der Europa 2020-Strategie nicht erreichen (vgl. Financial Times, 7.1.2010).

Die schließlich beschlossene EUROPA 2020-Strategie knüpft in ihrer neoliberalen Ausrichtung zwar relativ nahtlos an die Vorgängerin an – dies hielt die Kommission auch so fest (Rehn 2010a: 3) – die Frage schärferer Regeln wurde aber auf ein anderes Terrain verschoben. Auf dem Europäischen Rat im März 2010 wurde die Einrichtung einer Task Force beschlossen, die bis in den Herbst Vorschläge für einen Krisenlösungsmechanismus und die Stärkung der haushaltspolitischen Disziplin ausarbeiten sollte. Die der

Task Force zugewiesenen Aufgaben zeigen, dass es nicht nur um eine kurzfristige Krisenbearbeitung ging, sondern darum, Eckpfeiler einer zukünftigen europäischen Integrationsweise abzustecken.

Die Auseinandersetzung um *Economic Governance* bezog sich von Anfang an auf langfristige Ziele. Die Debatte wurde aber von der damals (wie heute) aktuellen Schuldenkrise dominiert. Der bewusst produzierte Zeitdruck, um das Projekt zu einem Abschluss zu bringen, verweist auf zwei Aspekte: Es ging dabei um die langfristige Neuregelung der wirtschaftlichen Koordinierung und zugleich um ein kurzfristiges Zeichen an die Finanzmarktakteur_innen (vgl. Klatzer/Schlager 2011: 66).

Die Task Force

Die Auseinandersetzung um das Six Pack wurde zentral in der „Task Force on Economic Governance“ geführt. Sie sollte Vorschläge zur Krisenlösung und Stärkung der Haushaltsdisziplin erarbeiten.² Wie Elisabeth Klatzer und Christa Schlager überzeugend argumentieren, stellt die Task Force „einen schwerwiegenden Bruch mit den bestehenden institutionellen Regeln der Union dar“ (Klatzer/Schlager 2011: 66). Dieser besteht darin, dass durch die Etablierung der Task Force der Präsident des Europäischen Rats de facto zum Präsidenten des ECOFIN wird und zugleich die bereits schwachen Regeln der Transparenz außer Kraft gesetzt werden. Auf diese Weise wird eine breite Debatte verhindert und auf das staatsapparative Gefüge von Kommission, EZB und nationalen Finanzministerien beschränkt (ebenda).

Die weitgehende Abschottung der Task Force, ebenso wie die Beschränkung auf Vertreter_innen der Exekutive (Poulantzas 2002, 259) verweist auf ein wichtiges Element des Autoritären Etatismus, wie ihn Poulantzas für die 1970er Jahre beschrieben hat: „Die Politik des Staates wird durch versteckte Mechanismen und durch ein System administrativer Prozeduren, die von der öffentlichen Meinung praktisch nicht kontrolliert werden können, unter dem Siegel des zur permanenten Staatsraison erhobenen Geheimnisses ausgearbeitet.“ (Poulantzas 2002: 255; vgl. ebd. 259). Da die Arbeit der Task Force dermaßen intransparent war, muss sich die Analyse auf die direkt und indirekt beteiligten Akteur_innen konzentrieren.

Die Europäische Kommission

Die Kommission entwickelt ihre Position im Rahmen zweier Begrenzungen, die ihr einerseits durch die „deutsche“ Ablehnung von Eurobonds und andererseits durch den schwindenden Konsens für die aktuelle Krisenbearbeitung – insbesondere in der Peripherie – gesetzt sind. Sichtbar ist letzteres etwa daran, dass die Kommission unter allen Umständen vermeiden will, dass eine Vertragsänderungen und damit Referenden in einzelnen Mitgliedsstaaten notwendig werden (vgl. PV(2010) 1923: 23). Auch in der Zielsetzung geht es darum, die Notwendigkeit der konsensualen Absicherung von Austeritätspolitik und „strukturellen Reformen“ zu minimieren. So erklärte der Director-General des DG-ECFIN explizit, dass es darum gehe,

² Die Task Force bestand aus den Vertreter_innen des ECOFIN (den nationalen Finanzminister_innen), dem Präsidenten des Europäischen Rats Herman Van Rompuy, der gleichzeitig den Vorsitz der Task Force innehatte, dem Wirtschafts- und Währungskommissar Olli Rehn und dem Präsidenten der EZB Jean-Claude Trichet (der als einziger nicht alle Punkte des Endberichts unterschrieb) (Task Force 2010,:13f.). Die Task Force trat zwischen Mai und Oktober 2010 sechsmal

den Widerstand gegen strukturelle Reformen durch die neue Economic Governance zu brechen (Buti 2010, 6).

In Hinblick auf die Ausarbeitung des „Six Pack“ wird an den Protokollen der Kommissionssitzungen und Kommunikés der Kommission deutlich, dass sie eine zentrale Rolle in diesem Prozess spielte. Sie hatte in der Ausarbeitung des Sixpackes nicht nur die Rolle einer „driving force“ (PV(2010) 1924: 24), sondern die Kommission versucht auch, ihren Einfluss innerhalb des „europäischen Staatsapparateensemble(s)“ (Wissel 2010: 88) zu vergrößern.

Die Ausrichtung der geplanten Reform war für die Kommission bereits relativ früh klar, es ging um die Verschärfung des SWP und die Ausweitung der wirtschaftlichen Überwachung (PV(2010) 1913: 15). Diese Herangehensweise deckt sich mit dem von der Kommission propagierten Verständnis der Krise. In dem Kommuniké „Reinforcing economic policy coordination“ (COM(2010) 250) wird die Krise aus zwei Faktoren erklärt: *Erstens* haben es die Mitgliedsstaaten verabsäumt, in den Jahren der Prosperität einen Puffer in ihren Budgets anzulegen. Die Ursache liege diesbezüglich im Fehlen eines klaren Commitments. *Zweitens* kam es durch niedrige Finanzierungskosten zu einer Fehlallokation von Ressourcen, die sich nun in makroökonomischen Ungleichgewichten ausdrücken (COM(2010) 250: 2 f).

Vor diesem Hintergrund geht es der Kommission zum einen darum, in der aktuellen Krisensituation ein „rapid signal“ an die Finanzmärkte auszusenden (PV(2010) 1913: 15) und andererseits langfristig die „Normalität“ wieder herzustellen (PV(2010) 1922: 21).

Schon in den im Mai und im Juni 2010 veröffentlichten Kommunikés sind Durchsetzung der Gesamtschuldengrenze von 60% des BIP durch eine jährlich zu erreichende Annäherung an diesen Wert (COM(2010) 250: 5), als auch ein stärkerer Automatismus bei der Verhängung von Sanktionen (COM(2010) 367/2: 8) sowie die Schaffung eines Scoreboards zur Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte (ebd.: 5) enthalten.

Die für den autoritären Etatismus charakteristische Verschiebung politischer Entscheidungen in die Exekutive und die Dominanz einer technokratischen Ideologie (vgl. Poulantzas 2002: 271f.) werden daran deutlich, dass das Directorate General ECFIN (DG-ECFIN) innerhalb der Kommission als „objektiver“ Überwacher der Regeln gestärkt wird (PV(2010) 1930: 23) Kommissionspräsident Barroso erklärt in Bezug auf die zu wählende Kommunikationsstrategie, dass der Einsatz hoch sei und es daher für die Kommission wichtig sei, eine weitergehende Politisierung der Frage zu vermeiden (ebd.: 28).

Es wird also nicht nur die Kommission als Ganzes gestärkt, sondern es kommt in ihr zu einer Machtverschiebung zugunsten des DG-ECFIN, welches besonders offen für die Interessen des europäisch agierenden Kapitals ist (vgl. Klatzer/Schlager 2011, 67).

BUSINESSEUROPE – das europäisch agierende Kapital

zusammen. Zusätzlich gab es noch sieben Treffen des Sherpa Task Force Comitee (ebd.: 15).

BUSINESSEUROPE (BE)³ tritt nicht einfach als Vertreter eines europäischen Gesamtkapitals auf, sondern vertritt vor allem die Interessen des exportorientierten Industriekapitals. BE suchte von Beginn der Einrichtung der TaskForce an explizit den Dialog (De Buck 2010, 2). Im Frühjahr März 2010 werden in dem Papier „*Combining fiscal sustainability and growth. A European action plan*“ (BE 2010a) die wesentlichen politisch-strategischen Leitlinien vorgestellt, die auch in der Folge erhalten bleiben.

Der Krise, die in der Verfügbarkeit von zu billigen Krediten in der Peripherie und zu geringen Sparanstrengungen vor der Krise wurzelt (BE 2010b: 3), soll durch den massiven Abbau der Schulden und einer Reihe von wettbewerbsfördernden Maßnahmen (Privatisierungen, Rationalisierungen im Gesundheitswesen, die Erhöhung des Pensionsantrittsalters sowie die Ausweitung privater Pensionsversicherungsmodelle, Steuerreformen) begegnet werden. Gestärkt sehen wollte BE vor allem die Kommission, die zur Überwachung und Durchsetzung eines regelbasierten Sanktionsmechanismus (vgl. BE 2010b: 6 und BE 2010c: 1). Daran wird deutlich, dass es der Kommission gelungen ist, sich auch aus Sicht des europäisch agierenden Kapitals als treibende Kraft zu etablieren, deren Stärkung eine glaubhafte Möglichkeit bietet, die wettbewerbs- und austeritätspolitische Agenda von BE abzusichern. Die Orientierung auf eine klare Stärkung der Kommission unterscheidet BE auch von den Strategien der deutschen Kapitalfraktionen.

Für BE verbindet sich mit der Reform der *Economic Governance* die Perspektive zur Durchsetzung einer breiten politischen Agenda. Die Dominanz des exportorientierten Sektors innerhalb von BE wird daran deutlich, dass die hauptsächliche Möglichkeit einer wirtschaftlichen Erholung im Wachstum der außereuropäischen Exporte gesehen wird (vgl. BE 2010d: 3). In dieser Weltmarktorientierung treffen sich die Strategien von BE und der deutschen Kapitalfraktionen. Nach Vorlage des „Six Pack“ zeigte sich BE höchst erfreut darüber, dass darin eine ganze Reihe ihrer Vorschläge enthalten sind (BE 2010e: 2).

Die EZB

Die Europäische Zentralbank (EZB) ist in ihrer Unabhängigkeit von „demokratischen politischen Entscheidungsprozessen“ (Hirsch 2002: 137) von vornherein einseitig auf bestimmte gesellschaftliche Interessen ausgerichtet. Indem sie darauf festgelegt ist, vorrangig die Geldwertstabilität abzusichern, ist sie eng mit den Interessen der Vermögensbesitzer_innen und der Gläubiger_innen innerhalb der gesellschaftlichen Kreditverhältnisse (vgl. Bieling 2011 181f) verbunden. Die Ursachen der Krise werden von der EZB in einem Zusammenspiel schlechter nationaler Politiken und eines schwachen SWP gesehen (Trichet 2011). Diesem Verständnis entsprechend entwickelte sie auch die Vorschläge, die sie in der Task Force einbrachte (ECB 2011). Die EZB sieht sich als treibende Kraft, die einem „quantum leap“ der *Economic Governance* den Weg bereiten soll (ebd.: 5).

In Bezug auf die Verschärfung des SWP forderte die EZB die Einführung automatischer Sanktionen, die

³ BE ist der größte Zusammenschluss von Unternehmen innerhalb Europas. Es handelt sich um den Dachverband von 41 Verbänden in 35 Staaten, die zusammen 20 Millionen Unternehmen repräsentieren, und zwar mit dem Ziel, die Interessen der Unternehmen in Europa durchzusetzen (BE: o.J.).

bis zur teilweisen Aufhebung der fiskalischen Autonomie des betroffenen Mitgliedsstaates führen sollen (ebd.). Die Überwachung der Einhaltung der Regeln und die Entscheidung über die Verhängung von Sanktionen sollen durch die Kommission und insbesondere das DG-ECFIN erfolgen. Darüberhinaus wird die Verankerung der Regeln des SWP in den nationalen Verfassungen gefordert (ebd.: 6f.). In Hinblick auf die Schaffung eines makroökonomischen Überwachungsmodus sah der Vorschlag der EZB die Schaffung eines Mechanismus vor, der nach denselben Prinzipien wie der SWP funktioniert (ebd.: 8).

Der EZB geht es bei der Reform der *Economic Governance* darum, die Abhängigkeit vom „political business cycle“ (Ioannou/Stracca 2011, 13), d.h. die Abhängigkeit von demokratischen Entscheidungsprozessen zu minimieren.

Obwohl die EZB für sich ähnlich wie die Kommission eine Rolle als treibende Kraft beansprucht, möchte sie diese nicht ausbauen, sondern setzt auf die Durchsetzung der Austeritätspolitiken durch Kommission und nationale Regierungen. Es scheint, als würde die EZB nicht tiefer in komplexe gesellschaftliche Widersprüche hineingezogen werden wollen, um nicht die Kohärenz des ganzen Staatsapparats (vgl. Poulantzas 2002: 275f.) in Bezug auf ihre „Unabhängigkeit“ zu gefährden. Denn durch die wachsende Rolle in der Krisenbearbeitung nehmen Konflikte innerhalb der EZB zu. Das wurde etwa an den Rücktritten des Bundesbankpräsidenten Axel Weber und des EZB-Chefökonom Jürge Starck deutlich.

Der deutsche Block an der Macht und die deutsche Bundesregierung

Wie im Folgenden gezeigt werden soll, ist die Rolle der deutschen Bundesregierung in der europäischen Schuldenkrise und damit verbunden in der Etablierung von *European Economic Governance* wesentlich durch drei Faktoren bestimmt:

1. **die deutsche Position innerhalb der politischen Ökonomie der Eurozone**, welche durch die Krise weiter gestärkt. Deutsche Kapitalfraktionen konnten ihr Exportmodell nach massiven Einbrüchen zu stabilisieren und auszubauen, was wesentlich auf die konsensuale Absicherung der Exportorientierung insbesondere durch korporatistische Arrangements (vgl. Beck/Scherrer 2010: 2) zurückzuführen ist
2. **die Beziehungen der deutschen Staatsapparate zum international agierenden Kapital**. Die besondere Stellung impliziert auch, dass vor allem vermittelt über die Finanzmärkte, das international agierende Finanzkapital an Deutschland bzw. die deutsche Bundesregierung innerhalb der Europäischen Union die Erwartung knüpft, in der Bearbeitung der Schuldenkrise Lösungen anzubieten.
3. **die internen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, insbesondere was das Verhältnis zum deutschen Block an der Macht betrifft**. Das deutsche Industriekapital setzte sich einerseits stark für eine europaweite Verschärfung der Austerität ein, stand aber andererseits einer Stärkung von EU-Institutionen skeptisch gegenüber (vgl. DIHK, 16.11.2010: 4f und BDA/BDI, 29.6.2010: 2f.). Dadurch wurden aber der deutschen Bundesregierung enge Grenzen gesetzt. Diese Haltung des deutschen Industriekapitals ergibt nur dann Sinn, wenn sie darauf abzielt, die Eurozone unter

deutscher Dominanz stärker auf den außereuropäischen Export auszurichten. Jedoch verhindert die Zwiespältigkeit in Bezug auf eine Stärkung europäischer Apparate die Entwicklung eines kohärenten Projekts.

Die großen Verbände von Industrie und Banken stimmen in der Auseinandersetzung um die Reform der *Economic Governance* zu allererst in einer strikten Ablehnung von Eurobonds überein (vgl. DIHK, 16.11.2010: 7; BDA/BDI, 29.6.2010 und BDB 2010: 18). Gemeinsam ist den deutschen Verbänden ebenfalls die Interpretation der Krise als einer Krise einzelner Mitgliedsstaaten, ihrer schwachen Wettbewerbsfähigkeit und einer mangelnden Durchsetzung der Maastrichtkriterien (vgl. DIHK, 16.11.2010: 1 und BDB 2010: 31). In diesem Zusammenhang wird das Vorbild der deutschen Schuldenbremse als eine mögliche Lösung gesehen (vgl. DIHK, 16.11.2010: 5 und BDB 2010: 24).

Der Bundesverband deutscher Banken nahm hinsichtlich einer Stärkung der Kommission und eines mit Sanktionen verbundenen makroökonomischen Überwachungsrahmens eine wesentlich offenere Haltung ein (BDB 2010: 32). Im Zusammenhang mit der Schaffung eines automatischen Sanktionsmechanismus im Defizitverfahren macht der BDB sehr deutlich, worum es dabei geht: „Zwar beinhaltet dieser Schritt eine Einengung des Spielraums der Politik und ist daher eine nicht unproblematische Einschränkung der nationalen Souveränitätsrechte. Dies liegt aber nicht nur im Wesen der ‘Schicksalsgemeinschaft Währungsunion’, es wird [...] mehr als aufgewogen, denn schließlich entbindet eine Automatisierung des Sanktionsprozesses die Entscheidungsträger von der oft auch politisch äußerst schwierigen Pflicht, schmerzhaft und unpopuläre Entscheidungen zu treffen.“ (Ebd.: 25)

Handlungsräume der Bundesregierung

Entsprechend den drei oben dargelegten Faktoren bestimmt sich auch die Rolle der deutschen Bundesregierung. Die wichtigsten Punkte der deutschen Vorschläge für eine Reform der *Economic Governance* sind bereits im Mai 2010 formuliert worden: die stärkere Überwachung nationaler Haushalte, die Einführung von Schuldenbremsen nach deutschem Vorbild, eine größere Bedeutung des Gesamtschuldenstands, politische Sanktionen (Entzug des Stimmrechts) und ein makroökonomischer Überwachungsrahmen, der auch Sanktionen beinhaltet (Bundesministerium für Finanzen, 21.5.2010).

Diese Forderungen lassen sich nicht allein aus den nationalen Kräfteverhältnissen erklären, sondern verweisen darauf, dass die Zentralität Deutschlands innerhalb der Eurozone von der deutschen Bundesregierung erforderte, auch andere Kapitalinteressen wahrzunehmen. Gleichzeitig wird an der starken deutschen Position für nationale Schuldenbremsen deutlich, dass es der deutschen Bundesregierung darum ging, nicht allein den Staatsapparat auf der Ebene der Kommission zu stärken, sondern den Zwang zur Austerität zu dezentralisieren.

Analyse der Ergebnisse der Auseinandersetzung um eine neue *Economic Governance*

Das Six Pack

Mit der Präsentation der Vorschläge für fünf Direktiven und eine Richtlinien zur Reform der *Economic Governance* im Rahmen des Abschlussberichts der Task Force (Task Force 2010) im Herbst 2010 kam der Prozess rund um die Ausgestaltung der Reform der *Economic Governance* zu einem ersten Ergebnis. Beschlossen wurde sie schließlich Ende 2011, nachdem sich die weitere Auseinandersetzung vor allem um den Automatismus der Sanktionen gedreht hatte. Der automatische Mechanismus konnte schließlich vor allem auf Druck des Europäischen Parlaments durchgesetzt werden (vgl. Spiegel.de, 7.9.2011).

Im Kern enthält die Reform folgende Veränderungen und Neuerungen:

a) Die Medium Term Budgetary Objectives (MTO) müssen zukünftig von Staaten mit „nicht nachhaltigen“ Schulden schneller erreicht werden. Die MTO sollen den mittelfristigen Horizont und Grundlage der jährlichen Budgetplanung bilden (RICHTLINIE 2011/85/EU).

b) Durch einen neuen Sanktionsmechanismus wird der SWP wesentlich verschärft. Es gibt nicht nur eine größere Bandbreite an finanziellen Sanktionen (auch schon vor der Eröffnung eines Defizitverfahrens), sondern deren Verhängung wird auch quasi automatisch, bzw. obliegt der Kommission, deren Entscheidung nur durch eine Mehrheit im Rat verhindert werden kann (VERORDNUNG (EU) Nr. 1173/2011).

c) Das Gesamtschuldenkriterium, das besagt, dass ein Staat nicht mehr als 60% des BIPs an Gesamtschulden aufweisen darf, wird durch das Six Pack operationalisiert. Dieses Kriterium wird dann verletzt, wenn der Gesamtschuldenstand diese Grenze überschreitet und in einem Zeitraum von drei Jahren der Abstand zur 60 % Grenze nicht jährlich um ein 1/20 verringert wurde. Andernfalls droht ein Defizitverfahren (Verordnung (EU) Nr. 1177/2011).

d) Gänzlich neu ist die Einführung der Makroökonomischen Überwachung. Die Kommission wird beauftragt, Indikatoren aufzustellen, die dazu dienen sollen, die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Mitgliedsstaaten zu überwachen und Gefahren für die Stabilität der Eurozone rechtzeitig zu erkennen. Sollten Grenzwerte überschritten werden, kann die Kommission mit Zustimmung des Rats ein Land vergleichbar zum Defizitverfahren in eine Excessive Imbalance Procedure (EIP) schicken und konkrete Vorschläge zur Bekämpfung der Ungleichgewichte machen. Auch hier sind im Fall der Nichtbefolgung finanzielle Sanktionen vorgesehen (Verordnung (EU) Nr. 1176/2011).

Die Festschreibung einer „vorsichtigen Haushaltspolitik“ (Verordnung (EU) Nr. 1173/2011: 14) bedeutet darüberhinaus, dass die Budgetpolitik der Mitgliedsstaaten zukünftig vollkommen der Konsolidierung dienen soll. Steuererhöhungen oder neue Steuern können kaum noch dazu dienen, die Verteilungsgerechtigkeit zu erhöhen, da diese zuerst der Konsolidierung zugeführt werden müssen. Die Einschränkung des Ausgabenwachstums bedeutet gerade, dass kreditfinanzierte Investitionen massiv erschwert werden (Eicker-Wolf/Himperle 2011: 199). Gerade unter dem Gesichtspunkt, dass politisch alternative Projekte große Investitionen erfordern, wird solchen Bestrebungen ein Riegel vorgeschoben. Die in der Verordnung (EU) Nr. 1177/2011 geregelte Staatschuldengrenze von 60% des BIP verschärft den Spardruck zusätzlich zu den bereits bestehenden Kriterien. Sie schafft außerdem die Möglichkeit, bei

Verletzung der oben genannten Regeln nun auch im präventiven Arm des SWP Sanktionen verhängen zu können. Dadurch verändert sich die Funktionsweise und Bedeutung des SWP: Lag im präventiven Arm der Fokus bislang vor allem auf der ideologischen Absicherung neoliberaler Budgetpolitik (vgl. Bieling 2007: 148), so soll diese jetzt effektiv durchgesetzt werden. Der „Modus der politisch-institutionellen Entscheidungsfindung“ (Bieling 2007, : 151) wird nicht nur stärker auf die supranationale Ebene verlagert (ebd.), sondern auch auf dieser eingeschränkt und weiter entpolitisiert, indem die Entscheidungen über Sanktionen nun teilweise einem Automatismus folgen.

Der neue Mechanismus zur Überwachung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte (Verordnung (EU) Nr. 1176/2011 und 1174/2011) schafft ein neues wirtschaftspolitisches Korsett (vgl. Klatzer/Schlager 2011: 63), das seine Wirkung nicht so sehr durch die angedrohten Sanktionen entfaltet, sondern über die Bereitstellung hochkonzentrierter wirtschaftlicher Daten für die Finanzmarktakteur_innen (ebd.: 69).

Im Kontext der Staatsschuldenkrise kann das Six Pack so verstanden werden, dass unter den Bedingungen eines brüchig werdenden Konsens in einigen Ländern der Europeripherie ein Modus der Krisenbearbeitung gefunden wurde, der dazu dienen soll, die ökonomischen Strukturen des Neoliberalismus zu vertiefen und auf Dauer zu stellen. Das bedeutet nicht, dass die Frage nach dem Konsens in der Auseinandersetzung um das Six Pack nicht gestellt worden wäre. Es ging aber in erster Linie nicht darum, wie die neue *Economic Governance* hegemonial gemacht, sondern darum, wie die Notwendigkeit, Konsens für den austeritätspolitischen Kurs zu schaffen, minimiert werden konnte.

Vor allem der Kommission ist es mit Unterstützung des europäisch agierenden Kapitals gelungen, durch das Six Pack den eigenen Handlungsspielraum zu stärken– allerdings nur in dem Rahmen, wie er von der deutschen Regierung und dem deutschen Industriekapital gesetzt wurde. Das Six Pack stellt eine wesentliche Richtungsentscheidung dar, die darauf abzielt die neoliberale Ausrichtung der nationalen Haushalts- und Wirtschaftspolitiken langfristig, auch über die unmittelbare Krisenbearbeitung hinaus, zu stabilisieren. Insofern weist dies auch auf die grundlegende Richtung für weitere Reformen der *Economic Governance* sowie auf vertiefende Integrationsschritte hin.

Fiskalpakt – Kontinuität und Unterschiede

Deutlich wird die Kontinuität des eingeschlagenen Weges an dem derzeit im Ratifizierungsprozess befindlichen Fiskalpakt (TSCG 2012). Dieser stellt unseres Erachtens vor allem den Versuch der deutschen Bundesregierung dar, die langfristige Verpflichtung zur Austerität von der europäischen Ebene stärker in die einzelnen Nationalstaaten zu verlagern und dieses Vorhaben über das Mittel eines völkerrechtlichen Vertrages zu erreichen. Dieser Vertrag stünde bis auf weiteres außerhalb der europäischen Rechtsordnung (vgl. Oberndorfer 2012b: 7). Obwohl bereits das Six Pack in nur einem Jahr erarbeitet wurde, stellt die Ausarbeitung des Fiskalpakts dies noch in den Schatten. Der Fiskalpakt wurde im Dezember 2011 auf die Tagesordnung gesetzt, lag im März 2012 in seiner heutigen Form vor und im Mai 2012 einigten sich die Staats- und Regierungschefs der unterzeichnenden Staaten auf den Vertragstext (vgl. Oberndorfer: ebd.).

Diese kurze Zeitspanne lässt sich aber auch daraus erklären, dass die Richtung bereits durch das Six Pack vorgegeben war und die wesentlichen Punkte bereits zuvor formuliert worden waren. Der Fiskalpakt stellt eine weitere Verschärfung des Sparzwangs dar: den Vertragsparteien wird darin vorgeschrieben, dass sie einen ausgeglichenen Haushalt aufweisen müssen (TSCG 2012, Art. 1b).

Neue Kompetenzen erhält die Kommission hier nicht, denn die Einhaltung der Regeln soll durch eine Schuldenbremse im nationalem Recht, vorzüglich in Verfassungsrang (ebd.: Art. 2) sichergestellt werden. Allerdings obliegt ihr die Ausarbeitung von Anforderungen an einen solchen nationalstaatlichen Korrekturmechanismus, und die Überprüfung, ob diese eingehalten werden, ist Sache des Europäischen Gerichtshofs (ebd.: Art. 2 und Art. 8).

Die Ausgestaltung des Fiskalpakts als völkerrechtlicher Vertrag unter Einbeziehung von EU-Institutionen berührt das Verhältnis der Apparate untereinander. Die „Flucht aus dem Europarecht“ (Oberndorfer 2012a: 67) dient dazu, eine Vertragsänderung zu vermeiden und dennoch weiterzugehen, als dies im Rahmen des Europarechts möglich wäre. Indem der Fiskalpakt als völkerrechtlicher Vertrag ohne Ausstiegsklausel verfasst ist, wird die darin verewigte Austerität der Einflussnahme durch demokratische Entscheidungsprozesse noch weiter entzogen.

Der Fiskalpakt steht somit in einer Kontinuität zum Six Pack, aber auf veränderter Grundlage. Zugleich unterscheidet er sich insofern, als die gleiche polit-ökonomische Richtung von der europäischen Ebene stärker in die nationalen Verfassungen verschoben wird.

Politische Schlussfolgerungen

Wir haben gezeigt, dass die dominanten Kapitalfraktionen in Europa heute auf eine autoritäre Krisenlösung setzen. Dieses Abrücken von der Konsensorientierung impliziert auch Konsequenzen für eine politische Strategie der Linken. Die gegenwärtige Kräftekonstellation in Europa ermöglicht bestimmte Strategien und lässt andere als wenig vielversprechend erscheinen.

Die Entwicklung des autoritären Etatismus stellt den Versuch dar, staatliche Dispositive so zu verschieben, dass die, in der Krise zunehmenden Kämpfe von Unten bearbeitbar bleiben, ohne dass große Zugeständnisse gemacht werden müssten. Ausgangspunkt strategischer Überlegungen ist die Notwendigkeit in der geschilderten Autoritarisierung der Krisenbearbeitung Widerstand auf zwei Ebenen zu üben: Zum einen gegen diese autoritären Tendenzen und gegen die neoliberale Austeritätspolitik. Widerstand bedeutet aber kein rein defensives Verteidigen der Errungenschaften der Sozialdemokratie im Fordismus.

Besonders sozialdemokratische Parteien, aber auch ein Teil der gesellschaftlichen Linken außerhalb suchen nach den besten Rezepten das gegenwärtige Akkumulationsregime weiterführen zu können oder überlegen, wie die Krise für den Kapitalismus „gut aus gehen kann“. Unseres Erachtens ist das nicht die Aufgabe der gesellschaftlichen Linken. Der Kapitalismus ist krisenhaft und nur eine antikapitalistische Perspektive auf

die Krise und eine antikapitalistische Strategie kann das krisenhafte System überwinden.

Es geht daher um nichts geringeres, als um die Frage, wie ein nachhaltiger Bruch mit den Strukturen des neoliberalen Kapitalismus herbeigeführt und damit verbunden wie eine über den Kapitalismus hinausweisende Alternative geschaffen werden kann?

Falsche Alternativen

Innerhalb der radikalen Linken werden derzeit zwei Ansätze zur Bearbeitung der europäischen Krise kontrovers diskutiert, für die beispielhaft die beiden linken Ökonom_innen Özlem Onaran und Costas Lapavitsas stehen.

Costas Lapavitsas hat seit Beginn der griechischen Schuldenkrise, besonders für Griechenland, aber verallgemeinert für die gesamte Europeripherie einen Euroaustritt, sowie einen einseitigen Schuldenschnitt gefordert. Einerseits argumentiert er in diesem Zusammenhang, dass große Teile, auch der radikalen Linken, sich an eine pro-europäische Ideologie gebunden hätten, die sie auf ein Terrain – das europäische – verpflichtet. Für den Handlungsspielraum linker Politik sei dies sehr ungünstig. Zugleich ist damit aber ein wirtschaftliches Argument verbunden, denn durch ein Austritt aus der Eurozone, würde es Griechenland und anderen Ländern wieder möglich sein wettbewerbsfähig zu werden.

Demgegenüber steht Özlem Onaran die eine europäische antikapitalistische Strategie einfordert. Zum einen argumentiert sie, dass eine europäische Strategie die sich in einem europaweiten „Debt-Audit“, europaweiten progressiven Vermögens- und Einkommenssteuern, sowie umfassenden Arbeits- und Sozialrechten manifestieren würde, auch die schwächeren peripheren Eurostaaten schützen würde und andererseits eine Strategie die auf den Euroaustritt und einen Bruch mit der EU setzen, rechtsextreme und nationalistische Kräfte stärken würden.

Wir wollen hier in der Folge eine andere Richtung der Strategie vorschlagen, da wir beide Ansätze für zu kurz gegriffen halten.

Gegen Onaran ist zunächst einzuwenden, dass letztlich unklar bleibt, wie eine solche von ihr angestrebte Transformation auf EU-Ebene tatsächlich erreicht werden kann. Wie wir analysiert haben, ist es die EU über die ein neuer autoritärer Etatismus wesentlich vermittelt wird. Das europäische Terrain ist eben so beschaffen und die Tendenzen in diese Richtung verschärfen sich gerade, dass Interessen von Unten kaum Zugang und Gehör finden. Die Widersprüche im Block an der Macht, wie sie sich in den europäischen Apparaten ausdrücken (z.B. die Auseinandersetzungen in der Zentralbank) sind dabei nicht so beschaffen, dass sich Bündnispartner_innen für eine Linke Strategie des Bruchs finden.

Selbst bei weniger radikalen Vorschlägen, wie sie auch von vielen linken Keynesianer_innen gefordert werden, sind keine Fortschritte innerhalb eines linksreformistischen Projekts möglich. So werden zwar Eurobonds ernsthaft diskutiert, allerdings ist bereits jetzt abzusehen, dass der einzige Vorschlag der

Aussicht auf Umsetzung hat, das Konzept der „Blue Bonds“ vom europäischen Think Tank Bruegel ist. Solche Blue Bonds, bei denen nur die Schulden bis zu 60% des BIP als Gemeinschaftsanleihen vergeben werden, würden den in den Maastrichtkriterien enthaltenen Zwang zur Austerität nur weiter verschärfen, selbst wenn der Zinsdruck kurzfristig gelockert würde. Die Unterstützung solcher – „ökonomisch richtiger“ – Einzelmaßnahmen, bedeutet das die Linke zur Legitimation der autoritären neoliberalen Politik beiträgt und sich dadurch selbst delegitimiert.

Gerade in diesem Zusammenhang scheint uns das Argument von der rechten und nationalistischen Gefahr im Falle eines Aufbrechens der Eurozone Ausdruck eben jener europäische Ideologie zu sein, die Lapavistas richtigweise kritisiert. Nicht das diese Gefahr nicht real existiert, aber es ist eben jenes – relativ bedingungslose- festhalten breiter Teile der Linken an der EU, das es der Rechten erst erlaubt, das Diskursfeld der EU-Kritik zu monopolisieren.

Aber auch Lapavistas' Argument geht letztendlich am Kern der Sache vorbei. Auch wenn er richtig erkennt, dass das die EU nicht gerade das bevorzugte Terrain für die Linke ist, bleibt seine Forderung nach einem Euroaustritt vor allem ökonomistisch.

Zunächst stellt er den Euroaustritt als einen rein technischen Vorgang dar, der einfach zu bewerkstelligen ist. Das sieht von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen ab. Noch deutlicher wird Lapavistas' Ökonomismus, wenn wir sein Argument genauer betrachten. Denn die Perspektive, dass mit einem Euroaustritt (Griechenlands) die Leistungsbilanz durch die abgewertete Währung automatisch verbessern würde, ist zwar wohl richtig, aber es stellt sich die Frage, ob der Erfolg eines linken Projekts an der Leistungsbilanz gemessen werden kann. Lapavistas übernimmt implizit ein neoliberales Argument, wenn er das behauptet. Zunächst verbessert sich die Leistungsbilanz ja vor allem, weil importierte Konsumgüter massiv im Preis steigen. Gerade in den wirtschaftlich abhängigen Staaten der Eurozone wie Griechenland, ohne breite industrielle Basis, bedeutet eine solche Strategie daher auch eine massive Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiter_innenklasse und anderer subalternen Sektoren der Gesellschaft. Ebenso wenig ist es plausibel, dass ein linkes Projekt auf den durch die Währungsabwertung erleichterten Export setzen sollte.

Lapavistas Argumentation gleicht – mit dem Unterschied, dass er seine Perspektive mit einer Linksregierung verknüpft – der eines Hans-Werner Sinns. Die Frage, wie ein grundlegender gesellschaftlicher Wandel in den ökonomisch, wie politisch eng verflochtenen Gesellschaftsformationen Europas erreicht werden kann, ist auch mit Lapavistas nicht zu beantworten.

Für eine neue Strategie der Linken

Vor diesem Hintergrund ergeben sich einige strategische Leitlinien für eine linke Strategie des Bruchs in Europa:

1. Die gesellschaftliche Linke muss die europäische Ebene endlich in ihrer ganzen Bedeutung ernst nehmen. Zentrale gesellschaftliche Konflikte werden hier ausgetragen. Diese Ebene ernst

zunehmen, bedeutet aber nicht sein eigenes Projekt mit einer „Vertiefung der Integration“ zu verbinden. Vielmehr muss es darum gehen, unter den gegebenen Kräfteverhältnissen jeden Schritt einer sogenannten Vertiefung mit allen Mitteln zu blockieren, da derzeit jeder Schritt in diese Richtung unweigerlich mit einer weiteren Entdemokratisierung einhergeht und die Bedingungen für Linke Politik weiter verschlechtert.

2. Die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in Europa beschleunigen die Ungleichheit und Ungleichzeitigkeit. Das gilt auch für den Stand der Bewegung in den verschiedenen Ländern. In den Zentrumsländern (vielleicht mit der Ausnahme der Niederlande) in denen die hegemonialen Verhältnisse noch relativ stabil sind und die Linke schwach ist, gibt es derzeit (noch) keine gesellschaftliche Kraft, die eine glaubhafte Alternative von Links formulieren kann.

In den Ländern der Europeripherie (besonders in Griechenland und Spanien) sieht die Situation hingegen ganz anders aus. Hier ist nicht nur eine offene politische Krise ausgebrochen, die sich in einem grundsätzlichen Bruch zwischen Regierenden und Regierten äußert, sondern die spezifische Art der Krise, hat in erster Linie nicht zu einer Stärkung der Rechten geführt, sondern starke progressive Bewegungen (Spanien, Griechenland) und linke Parteien (Griechenland) entstehen lassen.

Gleichzeitig sind die ökonomischen Verhältnisse hier so drückend, dass die Alternative die eine Linke formuliert, unmittelbar greifbar sein muss. Werden die sich in Bewegung befindenden Subalternen hingegen auf eine mittelfristige Perspektive, der Änderung des Charakters der europäischen Integration vertröstet, läuft die Linke Gefahr gewonnenes Vertrauen sehr schnell wieder zu verspielen.

3. Ein Merkmal der aktuellen Krise und auch eine Folge der aktuellen Tendenz zum autoritären Etatismus ist, dass sich auf nationalstaatlicher Ebene (besonders in Griechenland und Spanien) die Widersprüche im Staat massiv verschärfen. Dabei handelt es sich nicht nur und auch nicht in erster Linie um Widersprüche zwischen kapitalistischen Klassenfraktionen, die von Links nur schwierig zu politisieren sind, sondern um Brüche im kleinbürgerlichen Staatspersonal. Dieses erlebt augenblicklich eine massive Entwertung ihrer Tätigkeiten und eine dramatische Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen. Große Teile des Staatspersonals werden so direkt in die fortschrittlichen sozialen Bewegungen geworfen. Das zeigt sich z.B. an der „Grünen“ Bewegung der Lehrer_innen in Spanien, der Ankündigung tausender Ärzte und Ärztinnen sowie Pflegekräfte in Spanien gegen die Anordnung der Regierung Menschen mit einem illegalisierten Aufenthaltsstatus auch weiter kostenlos zu behandeln, den Besetzungen von Ministerien und anderen Verwaltungsgebäuden in Griechenland und nicht zu Letzt an dem herausragenden Ergebnis das SYRIZA unter den öffentlichen Bediensteten erreichen konnte.

Diese Verbindungen die heute zwischen Teilen des Staatspersonals und den sozialen Bewegungen entstehen, können eine wichtige Grundlage für ein linkes Projekt sein.

4. Aufgrund der oben genannten Punkte scheint uns die realistischste Perspektive heute, dass es zunächst in Ländern der Europeripherie gelingt, einen linken Regierungswechsel herbeizuführen, den es dann durch eine kluge Strategie rasch in einen realen Machtwechsel zu transformieren gilt. Damit ein realer Machtwechsel stattfinden kann, muss sich jede linke Regierung auf die sozialen Bewegungen stützen, die die treibende Kraft sind. Diese Beziehung ist über ein politisches und ökonomisches Programm z.T. herzustellen, das zwar von Land zu Land unterschiedlich sein muss, aber trotzdem überall (auch im Zentrum) gewisse Gemeinsamkeiten besitzen muss. Das konkrete Programm kann nicht am Reissbrett entworfen werden, aber es ist klar dass einige zentrale Punkte darin enthalten sein müssen. Insbesondere muss eine breite Debatte über die Legitimität von Schulden geführt werden, an deren Ende die Streichung eines Großteils der offenen Forderungen stehen muss. Damit verbunden ist die Frage nach dem Eigentum der Banken. Die Vergesellschaftung der Banken würde nicht nur die dominante Kapitalfraktion entschieden schwächen, sondern auch den Kredit in ein öffentliches Instrument zur gesellschaftlichen Entwicklung verwandeln. Schließlich bräuchte es ein Sofortprogramm, um die Lebensbedingungen der Subalternen zu verbessern und ihnen Zukunftsperspektiven zu ermöglichen.
5. Die oben genannten Punkte, insbesondere die Streichung der Schulden, werden jede Regierung in eine direkte Konfrontation mit den dominanten Kapitalfraktionen, sowohl im eigenen Land, als auch in allen anderen europäischen Ländern, sowie auf europäischer Ebene führen. Das bedeutet zugleich eine Konfrontation mit den dominanten Staatsapparaten des aktuellen europäischen autoritären Etatismus.
Genau an diesem Punkt kann es nicht darum gehen, durch einen Euro- (und EU-)Austritt dieser Konfrontation zuvor zukommen. Ein Austritt würde das Land unmittelbar weiter isolieren und die herrschenden Kräfte davor bewahren, sich mit einem derartigen Regierungsprojekt auseinanderzusetzen. Ein Verbleib in der Eurozone und der EU würde hingegen die Kräfteverhältnisse auch auf europäischer Ebene destabilisieren und eine ganze Reihe neuer Fragen aufwerfen. Ein (illegaler) Ausschluss des Landes aus der Eurozone würde schließlich die Legitimität der derzeitigen Krisenbearbeitung weiter in Frage stellen.
6. Schließlich kann es nicht darum gehen, einen solchen Bruch nur in einem Land zu vollziehen, sondern ihn auf andere Länder (Europas) auszudehnen. Nur wenn das in einer relativ kurzen Zeit gelingt, hat ein linkes Projekt die Aussicht auch länger Bestand zu haben. Diese Aufgabe ist sicher dann leichter zu bewerkstelligen, wenn ein linkes Projekt in Europa, sich nicht freiwillig in die Isolation begibt.
7. Zuletzt stellt sich die Frage wie die Linke in den Zentrumsländern sich verhalten soll. Da augenscheinlich kein Bruch bevorsteht, muss die Linke sich hier die Frage stellen, wie sie sich zu einer europäischen Bewegung und Strategie verhält und zugleich der eigenen Situation Rechnung trägt.

Aus unserer Sicht gibt es zwei Aspekte. *Erstens* muss es darum gehen unter schwierigen Bedingungen eine Linke aufzubauen, die eine EU-Kritik von links entwickelt, die sich nicht mit der rechten verwechseln lässt. Das würde sowohl bedeuten, die Rolle des eigenen Landes auf europäischer Ebene zu kritisieren, als auch die negativen Auswirkungen der derzeitigen Integrationsweise auf die Lebensbedingungen der Subalternen im eigenen Land zu thematisieren. *Zweitens* muss internationale Solidarität ein wesentlicher Bestandteil sein. Diese Solidarität muss eine Solidarität mit den Bewegungen von Unten sein und kann gerade nicht in der Verteidigung der diversen Rettungsprogramme gegen Rechts bestehen. Nicht zuletzt ist es aus einer Position der Schwäche heraus mehr als geboten sich in eine gemeinsame Linie mit wesentlich stärkeren Kräften in Europa zu stellen.

Die oben skizzierte Strategie kann dazu beitragen, falsche Widersprüche in der Linken zu überwinden und damit auch die Einheit der Linken zu stärken. Das Beispiel SYRIZA in Griechenland hat gezeigt, dass verschiedene Teile der Linken, die auch zum Thema Euro unterschiedliche Positionen vertreten, eine produktive Zusammenarbeit finden können, die die Verhältnisse zum tanzen bringt.

Literatur

BDA – Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände/ BDI, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (29.6.2010): Für eine neue europäische Stabilitätspolitik. Gemeinsame Erklärung von BDA und BDI (www.bdi.eu/download_content/20100702131614.pdf)

BDB – Bundesverband deutscher Banken (2010): Währungsunion 2.0. Daten, Fakten, Argumente. Berlin

Beck, Stefan/Scherrer, Christoph (2010): The German economic model emerges reinforced from the crisis; in: Global Labour Column, Number 29, August 2010

Bieling, Hans-Jürgen (2007): Die Konstitutionalisierung der Weltwirtschaft als Prozess hegemonialer Verstaatlichung – staatstheoretische Reflexionen aus der Perspektive einer neo-gramscianischen Internationalen Politischen Ökonomie; in: Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas (Hrsg.): Die Organisation der Hegemonie. Zum Staatsverständnis Antonio Gramscis, Baden-Baden,;143-160.

Buckel, Sonja et.al. (2012): „...wenn das Alte nicht stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann.“ Kräfteverhältnisse in der europäischen Krise; in: Forschungsgruppe ‚Staatsprojekt Europa‘(Hrsg.): Die EU in der Krise, Münster:12-49

Bundesministerium für Finanzen (21.5.2010): Neue europäische Task Force. Eckpunkte der Bundesregierung zur Stärkung der Eurozone (http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_1270/DE/Wirtschaft__und__Verwaltung/Europa/Der__Euro/20100520-Task-Force.html)

BUSINESSEUROPE (o.J.): Mission and Priorities (<http://www.businesseurope.eu/content/default.asp?PageID=582>)

Buti, Marco (2010): Reforms and Re-Elections: Lunch Talk. Speech by Marco Buti. High-Level Seminar on the political Economy of crisis-induced Reforms (ec.europa.eu/dgs/economy_finance/buti/buti_3_12_2010_imf_en.pdf)

COM(2010) 250 final: European Commission: Reinforcing economic policy coordination.

COM(2010) 367/2: European Commission: Enhancing economic policy coordination for stability, growth and jobs – Tools for stronger EU economic governance

De Buck, Philippe (2010): Future architecture of the European economic governance system. Letter from Philippe de Buck to Herman Van Rompuy ahead of the meeting of the Task Force on economic governance on 12 July 2010 (<http://www.businesseurope.eu/content/default.asp?PageID=568&DocID=26807>)

Der Standard (18.3.2010): Mayer, Thomas: Kritik an Deutschlands Stärke wächst

Ders. (2011): Vom Krisenmanagement zur neuen Konsolidierungsagenda der EU; in: PROKLA 163: 173-194

Ders. (2012b): Der Fiskalpakt – ein weiterer Schritt in Richtung Entdemokratisierung; in: AK-Infobrief EU & International, Ausgabe 1/2012

Dies. (2010a): Combining fiscal sustainability and growth: a European action plan. March 2010 (<http://www.businesseurope.eu/content/default.asp?PageID=568&DocID=25979>)

Dies. (2010b): Improving Euro-Area Governance, Securing the Long-Term Success of the Euro. June 2010 (<http://www.businesseurope.eu/content/default.asp?PageID=568&DocID=26627>)

Dies. (2010c): Madrid Declaration. Lasting Growth will only be achieved with greater Stability (<http://www.businesseurope.eu/content/default.asp?PageID=568&DocID=26600>)

Dies. (2010d): Economic Outlook Autumn 2010. Recovery Conditional on Firm Policy Action (<http://www.businesseurope.eu/content/default.asp?PageID=568&DocID=27524>)

Dies. (2010e): Declaration on Economic Governance reform is essential to restore confidence and growth (<http://www.businesseurope.eu/content/default.asp?PageID=568&DocID=27393>)

DIHK – Deutscher Industrie und Handelskammertag (16.11.2010): Zur Zukunft des Euro: DIHK. Positionspapier zur Schärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts

Eberhardt, Pia (2012): Lobbyismus und europäische Postdemokratie. Einblicke in den EU-Staats-Zivilgesellschaftskomplex im Kontext der Krise; in: Forschungsgruppe ‚Staatsprojekt Europa‘ (Hrsg.): Die EU in der Krise, Münster: 105-122

ECB European Central Bank (2011): Opinion of the European Central Bank on economic governance reform in the European Union (www.ecb.int/ecb/legal/pdf/en_con_2011_13.pdf)

Economist (13.9.2011): Goodby to Berlin. Business bosses are growing impatient with a drifting government (<http://www.economist.com/node/21525970/print>)

Eicker-Wolf, Kai/Himperle, Klemens (2011): Die Schuldenbremse als politisches Projekt; in: PROKLA 163/2:195-212

EUCO 6/09 Europäischer Rat (2009): Schlussfolgerungen. Tagung 10./11. Dezember 2009 (<http://www.consilium.europa.eu/press/press-releases/latest-press-releases>)

EUCO 7/2010 European Council (2010): Conclusions. 25./26. March 2010, EUCO 7/2010 (www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/113591.pdf)

Europäische Kommission (2010): Bewertung der Lissabonstrategie. Arbeitsdokument der Kommissionsdienststelle 2.2.2010, SEK(2010) (http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/lisbon_strategy_evaluation_de.pdf)

Financial Times (11.1.2010): Chaffin, Joshua: Weak states threaten euro stability, says Rehn

Financial Times (7.1.2010): Barber, Tony: Spain aims to bring EU states into line

Gill, Stephen (1998) European Governance and New Constitutionalism: Economic and Monetary Union and Alternatives to Disciplinary Neoliberalism in Europe; in: New Political Economy, Vol. 3 No. 1, 1998

Hirsch, Joachim (2002): Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen, Hamburg

Husson, Michel (2011): Exit or voice? A European Strategy of rupture; in: Panitch, Leo et al.: The Crisis and the Left. Socialist Register 2012

Ioannou, Demosthenes/Stracca, Livio (2011): Have Euro Area and economic governance worked? Just the facts – Working Paper, Serie No. 1344/May 2011, (www.ecb.int/pub/pdf/scpwps/ecbwp1344.pdf)

Karrass, Anne/Schmidt, Ingo u. a. (2004): Europa – lieber sozial als neoliberal, Hamburg

Klatzer, Elisabeth (2010): Aufbruch in schöne neue Zeiten? Die Debatte um die Lissabon-Nachfolgestrategie Europa 2020 als Indikator für Weichenstellungen in der europäischen Integration? in: Kurswechsel 2: 87-95

Klatzer, Elisabeth/Schlager, Christa (2011): Europäische Wirtschaftsregierung – eine stille neoliberale Revolution; in: Kurswechsel 1: 61-81

Lapavistas, Costas (2011): Default and Exit from the Eurozone: a radical left strategy, in: Panitch, Leo et al (2012): The Crisis and the Left. Socialist Register

Merkel, Angela/ Sarkozy, Nicolas (18.10.2010): Franco-german declaration. Statement for the France-Germany-Russia Summit. Deauville – Monday, October 18th, 2010 (www.elysee.fr/president/root/bank.../Franco-german_declaration.pdf)

Minutes of the meeting of the Commission

Oberndorfer, Lukas (2012a): Hegemoniekrise in Europa – Auf dem Weg zu einem autoritären Wettbewerbssetatismus?; in: Forschungsgruppe ‚Staatsprojekt Europa‘ (Hrsg.): Die EU in der Krise, Münster: 50-72

Onaran, Özlem (2011): An internationalist transitional program towards an anti-capitalist Europe (<http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article21142>)

Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus, Hamburg

PV(2010) 1913, 14.4.2010, PV (2010) 1919, 26.5.2010, PV(2010) 1922, 15.6.2010, PV(2010) 1923, 23.6.2010, PV(2010)1924, 30.6.2010, PV(2010)1930, 29.9.2010 (<http://ec.europa.eu/transparency/regdoc/pvOverview.cfm?CL=de>)

Rehn, Olli (2010): EU Strategies for a Post-Crisis World: Enhancing Growth through Smart Consolidation and Structural Reforms, Speech 10/257

Spiegel.de (7.9.2011): Reform des Stabilitätspakts kommt voran (<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,785009,00.html>)

Task Force on Economic Governance (2010): Strengthening economic governance in the EU. Report of the Task Force to the European Council. Brussels, 21 October 2011

Trichet, Jean-Claude (2011) The ECB's response to the crisis. Speech by Jean-Claude Trichet, President of the ECB at the WDR. Europa-Forum, Berlin, 26 May 2011
(<http://www.ecb.int/press/key/date/2011/html/sp110526.en.html>)

TSCG – Treaty on stability, coordination and governance in the Economic and Monetary Union (2012), Doc 12/2/2 (<http://european-council.europa.eu/eurozone-governance/treaty-on-stability?lang=de>)

Verordnung (EU) Nr. 1173/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2011 über die wirksame Durchsetzung der haushaltspolitischen Überwachung im Euro-Währungsgebiet; in: Amtsblatt der Europäischen Union L306. 23. November 2011: 1-7

Verordnung (EU) Nr. 1174/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2011 über Durchsetzungsmaßnahmen zur Korrektur übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte im Euro-Währungsgebiet; in: Amtsblatt der Europäischen Union L306. 23. November 2011: 8-11
(www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/113591.pdf)

Verordnung (EU) Nr. 1175/2011: des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken; in: Amtsblatt der Europäischen Union L306. 23. November 2011: 12-24

Verordnung (EU) Nr. 1176/2011: des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2011 über die Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte; in: Amtsblatt der Europäischen Union L306. 23. November 2011, S. 25-32

Verordnung (EU) Nr. 1177/2011: des Rates vom 8. November 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1467/97 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit; in: Amtsblatt der Europäischen Union L306. 23. November 2011: 30-40

Wissel, Jens (2010): Die europäische Integration als staatstheoretische Herausforderung; in: Demirovic, Alex/Adolphs, Stefan/Karakayali, Serhat (2010): Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis, Baden-Baden: 81-96

ZEIT-Online (6.4.2010): „Deutschlands Eliten haben sich radikalisiert“ – Interview mit Michael Hartmann
(<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-04/hartz-IV-eliten>)